

23. November 1918 Die Anordnung über den 8-Stunden-Tag für Arbeiter und Angestellte tritt in Deutschland in Kraft (1923 wird der 8-Stunden-Tag wieder rückgängig gemacht)

24. November 1945 Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei in Leipzig

28. November 1811 Uraufführung von Beethovens letztem Klavierkonzert: Konzert f. Klavier und Orchester Nr. 5, op. 73 in Leipzig

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

19. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

22. November 2011

Mitgliederentscheid

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Mitgliederentscheid hat begonnen, die Unterlagen müssten in dieser Woche bei allen Genossinnen und Genossen eingehen und auch wenn wir gerade dort, wo wir zur Kreistour unterwegs sind, das Verfahren ausführlich erklären, möchte ich Euch mit dieser Mail noch einmal eine Übersicht zu den wichtigsten Informationen geben:

Mit den Abstimmungsunterlagen geht allen das Programm, ein Blankoumschlag, ein Rücksendeumschlag, der Abstimmungsschein und ein Formular, in dem die jeweilige Mitgliedsnummer eingetragen werden muss, zu. Der Abstimmungsschein muss in den Blankoumschlag gelegt werden. Dieser Umschlag wird dann gemeinsam mit dem Formular der Mitgliedsnummer in den Rücksendeumschlag gelegt.

Die Rückumschläge sind mit der Adresse des Landesverbandes versehen und müssen alle bis zum 15. Dezember 2011 um 18.00 Uhr bei uns in der Landesgeschäftsstelle eingehen.

Neumitglieder, die bis zum Stichtag 03. November 2011 eingetreten sind, sind berechtigt, am Mitgliederentscheid teilzunehmen, da ihre Mitgliedschaft entsprechend der Satzung rechtzeitig wirksam wird.

Da der Mitgliederentscheid mit sehr hohen Kosten verbunden ist, möchten wir, dass da, wo es möglich ist, die Abstimmungsunterlagen von den Gliederungen der Partei gesammelt werden.

Wo im Einzelnen eine Sammelstelle in Eurem Kreisverband sein soll, müsstet Ihr selbst bestimmen.

Bitte spricht dies mit Eurem jeweiligen Regionalmitarbeiter ab, da diese einmal zum 30. November und zum 14. Dezember 2011 in den Kreisen die Abstimmungsbriefe einsammeln werden, um sie in die Landesgeschäftsstelle zu bringen.

Sollten Unterlagen bei Genossinnen und Genossen nicht eintreffen oder Fragen zum Mitgliederentscheid auftauchen, könnt Ihr Euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden, insbesondere Genosse Günter Schwab ist unter der 0391/732 49 61 bereit, Euch weiter zu helfen.

Mit solidarischen Grüßen

Jenny Schulz

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsführerin

**Deine Stimme
für unser Parteiprogramm!
Mitgliederentscheid 2011**

Abstimmen bis zum 15. Dezember

Informationen unter

Telefon: 030/240 09 237

Fax: 030/240 09 777

mitgliederentscheid@die-linke.de

Bekennervideo der neonazistischen Terrorzelle bei der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt eingegangen

Dazu erklärt der Landesvorsitzende Matthias Höhn:

„Ein Bekennervideo der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist in dieser Woche in einem Parteibüro der LINKEN in Sachsen-Anhalt eingegangen. Im Video bekennt sich die NSU u.a. zur Mordserie an migrantischen Kleinunternehmern, zum Nagelbomben-Anschlag in Köln 2004 und zum Mord an einer Polizistin in Heilbronn 2007. Die DVD ist am Freitag dem Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt Holger Stahlknecht übergeben worden.

Die bisher mutmaßlich von der Terrorgruppe begangenen Taten sprechen von maßlosem rassistischen Hass. Die Mordserie ist die brutale Botschaft an die migrantischen Communitys, dass ihnen die militante Rechte Leben und gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland versagen will. Aus der rassistischen Bedrohung gibt es für die Betroffenen keinen Ausweg. Nach Presseberichten wurden in der Zwickauer Wohnung von Beate Z. an islamische Kulturvereine und Medien adressierte Umschläge gefunden.

Mit der LINKEN als weiterer Adressatin ist das Video auch als Drohung der Rechtsterroristen an einen politischen Gegner zu verstehen. Zum Weltbild von bekennenden Nationalsozialisten gehört neben Rassismus und Antisemitismus auch der Hass auf Linke und alle Engagierten einer demokratischen, toleranten und liberalen Gesellschaft.

In der Vergangenheit zeigte sich dies immer wieder in rechten Angriffen auf Wahlkreisbüros, Infostände und Mitglieder linker Parteien. Im Schnitt wurde bundesweit allein im Sommer 2011 alle zwei Tage ein Angriff auf ein Büro der Partei DIE LINKE verübt, über Hundert solcher Fälle geschahen zwischen Januar 2010 und Juni 2011.

Dass es in der Vergangenheit nicht nur bei Sachbeschädigungen und bei Bedrohungen von Personen blieb, zeigt der Überfall des Neonazis Kay Diesner.

Dieser schießt im Jahr 1997 in Berlin-Marzahn auf ein PDS-Mitglied und zerfetzt damit dessen linken Arm. Auf seiner Flucht wird von ihm ein Polizist ermordet und ein weiterer schwer verletzt.

Die LINKE ist bestürzt über das ungehinderte Agieren einer rechten Terrorzelle über mehr als ein Jahrzehnt. Die Rolle des Verfassungsschutzes, dem alle bisher Verdächtigen seit Mitte der 1990er Jahre als Neonazis bekannt gewesen sind, muss umfassend untersucht werden. Das Unterstützungsnetz der Terrorzelle, auf die diese angewiesen war, muss ebenso umfassend aufgeklärt werden.

Die Bundesprogramme zur Demokratieentwicklung sind im Jahr 2000 als Reaktion auf antisemitische und rassistische Gewalt entwickelt worden. Nach Jahren der Verleugnung militanter Gewalt von Rechts war dies zum damaligen Zeitpunkt endlich eine überfällige bundes- und landespolitische Strategie. Heute müssen sich

die Projekte einem Extremismusverdacht erwehren, indem sie durch das federführende CDU-geführte Bundesfamilienministerium gezwungen sind, für sich und alle ihre Partner eine Erklärung zur Verfassungstreue zu unterschreiben.

Der Extremismusbegriff ist sowohl wissenschaftlich als auch in der lebensweltlichen Dimension nicht aufrechtzuerhalten.

DIE LINKE fordert in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern seit langem, endlich diese Verhinderungspolitik für zivilgesellschaftliches Engagement zu beenden und die Träger mit einer Anerkennungskultur und soliden Finanzierung zu unterstützen.“

Aufruf zur Teilnahme an den Protestaktionen gegen die Afghanistan-Konferenz

Vom 24. bis 27. November ruft DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nochmals zu landesweiten Protestaktionen auf. Damit bekräftigen die LINKEN ihre Forderung „Bundeswehr raus aus Afghanistan- Zivil helfen“ und mobilisieren gleichzeitig für das Demonstrationswochenende vom 3./4. Dezember in Bonn!

Zum 10. Jahrestag des Beginns des Afghanistan-Krieges im Oktober startete der Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt mit seinen landesweiten Aktivitäten.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Halle

Vor dem Hintergrund der drängenden Probleme der Stadt Halle (Saale) war DIE LINKE bemüht, in Gesprächen mit SPD und Grünen, Möglichkeiten zu erörtern, bei der nächsten Oberbürgermeisterwahl mit einem gemeinsam getragenen Kandidaten anzutreten. DIE LINKE war dabei auch bereit, eigene Ansprüche auf die Kandidatur für dieses Projekt zurückzustellen.

Diese Bemühungen sind, wegen Befindlichkeiten in der SPD, leider gescheitert.

DIE LINKE wird sich nun, wie geplant, Anfang kommenden Jahres auf einem Stadtparteitag mit ihren Vorstellungen für die halle'sche Kommunalpolitik befassen und einen eigenen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl aufstellen. DIE LINKE Halle ist überzeugt, sich mit einem überzeugenden Politikangebot und einer glaubhaften Persönlichkeit in den Oberbürgermeisterwahlkampf einzubringen.

Swen Knöchel
Stadtvorsitzender

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
17.11.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 01.12.2011

Das ist eine gewaltige, anspruchsvolle Aufgabe.



Erhard Peuk

Erhard, Du bist uns schon als „ehemaliger Stadtrat“, der sich insbesondere für Kulturfragen engagiert hat, bekannt. Derzeit bist Du für unsere Fraktion als sachkundiger Einwohner – und wieder im Kulturausschuss – tätig.

Was sind Deine Motivationen für dieses Ehrenamt?

Kultur ist das Gegenteil von Barbarei und Monotonisierung. Solange wir uns noch freundlich Grüßen und nicht gegenseitig den Schädel einschlagen, ist nicht alles verloren. Aber die Barbarei ist in der westlichen Zivilisation auf dem Vormarsch. Sie beherrscht noch nicht die Straße, aber viele Köpfe. Dazu trägt auch eine gewisse Art von Kultur bei, die keine ist. Man könnte das die Verherrlichung des Banalen und Sinnlosen nennen. Diese Art Kultur wird großzügig gefördert, weil ein dummes Volk leichter zu regieren ist. Ich werde diesen Prozeß nicht aufhalten können, weil sich ja alles rechnen muß. Der Kulturausschuß ist aber ein guter Beobachtungsposten.

Wenn Du eine Bilanz zur bisherigen Arbeit des Ausschusses ziehen müsstest, was stände auf der Positivliste und welche Enttäuschungen gab es?

Positiv ist, daß es den Kulturausschuß noch gibt. Es wäre ja auch denkbar, daß alles, was diesen Ausschuß beschäftigt, bereits vernichtet wäre. Die Tendenz ist jedenfalls da. Enttäuschend ist, wie der Ausschuß sich der Diktatur der Finanzen unterwirft. Aber das macht schließlich auch die Bundesregierung, warum sollte es in Halle anders sein. Und dann wird in aristokratischer Selbstherrlichkeit entschieden, wer den nicht vorhandenen Euro verjubeln kann. Es gibt da durchaus kabarettistische Glanzleistungen vorgetäuschter kultureller Kompetenz.

Was sind aus Deiner Sicht die nächsten wichtigsten Aufgaben für die Kultur in Halle?

Die Kultur sollte unser Leben reicher machen, emotional und gedanklich. Und uns befreien aus dem intellektuellen Tiefflug des neoliberalen Schwachsinn. Der Mensch ist nämlich mehr, als das Geld, das er nicht in der Tasche hat. Das ist eine gewaltige, anspruchsvolle Aufgabe.

Das Interview führte Ute Haupt.

22. November, 14:30 Uhr,

Rosa-Luxemburg- Stiftung, Blumenstr.16,
Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Roswitha Bernd und
Prof. Dr. Helmut Meier, Leipzig

„Die latenten antijüdischen Vorurteile in der deutschen Gesellschaft und die Vernichtungsgorgien der Nazis. - In welchem Zusammenhang stehen sie?“

Konstituierung Stadtvorstand am 16.11.2012

(mb) In seiner ersten Sitzung am 16.11.2011 konstituierte sich der neue Stadtvorstand, der am 8.11.2012 gewählt worden ist. Zunächst waren die üblichen Regularien, wie Geschäftsordnung und der formelle Umgang mit den Finanzen, zu klären.

Diese Beschlüsse wurden nach kurzer Diskussion einstimmig gefasst, bis auf die Reisekostenverordnung, da hier insbesondere den neuen Stadtvorstandsmitgliedern notwendiges Hintergrundwissen fehlte, was aber bis zur nächsten Sitzung behoben ist, so dass auch dieser Punkt in der nächsten Sitzung abgestimmt werden kann.

Dann folgte der spannendere Teil, in dem es um die zu besetzenden Politikfelder und Aufgabengebiete ging.

Hier alle Aufgabenfelder im Einzelnen zu benennen, würde zu weit führen, immerhin haben wir gemeinsam 33 Aufgabenfelder explizit benannt und auch Verantwortlichkeiten für diese festgelegt. Ich möchte Euch in diesem Zusammenhang aber zumindest über die Zuordnung der Stadtgebiete informieren:

Für den Stadtteil Mitte sind Swen und Marcel verantwortlich. Der Stadtteil Neustadt/West wird von Frigga betreut, für den Osten ist Swen zuständig. Die Silberhöhe wird wie bisher von Ute, nun unterstützt durch Melanie, verantwortet, der Süden von Marion und René und Trotha/Nord hat Marianne übernommen.

Wer Interesse hat, sich die Aufgabenfelder im Detail anzusehen kann die Tabelle ab nächster Woche in der Geschäftsstelle einsehen.

Als wir diesen umfangreichen Tagesordnungspunkt absolviert hatten, war es doch schon recht spät. Trotzdem haben wir uns noch kurz zur Oberbürgermeisterwahl ver-

ständig und den Beschluss gefasst, auch im nächsten Jahr wieder einen Bus zum Luxemburg-Liebknecht-Gedenken zu organisieren (dazu in diesem Blatt a.a.O.).

Überblick über die Verantwortungen zu den Politikfeldern

Arbeitsmarktpolitik		Andreas Römer
Bildungspolitik		Heike Deuerling-Kalsow; René Trömel
Finanzpolitik		Swen Knöchel
Hochschulpolitik		Ferdinand Lorenz
Innenpolitik	Ordnung und Sicherheit	Frigga Schlüter-Gerboth; Marion Krischok
	Migrationspolitik	René Trömel
Kinder- und Jugendpolitik		Ute Haupt; Melanie Heyner
Kommunalpolitik		Swen Knöchel
Kulturpolitik		Marianne Böttcher
Landesentwicklung	Metropolregion	Frigga Schlüter-Gerboth
	Stadt- Umland Beziehung	
Strategien gegen Rechtsextremismus		Marianne Böttcher; Melanie Heyner
Sozialpolitik	Gesundheit, Frauen, Sport	Ute Haupt, Marcel Kieslich; Melanie Heyner
	Sozialticket	Heike Deuerling-Kalsow; Ute Haupt
	Seniorenpolitik	Marion Krischok; René Trömel
	Behindertenpolitik	Marianne Böttcher
Wirtschaftspolitik		Frigga Schlüter-Gerboth; Andreas Römer
Wohnungsbaupolitik / Stadtumbau		
Umwelt		Frigga Schlüter-Gerboth
Geschichte / Parteigeschichte		Andreas Römer (Geschichte)
Friedenspolitik		Marcel Kieslich
Demokratie / Demokratieverständnis		Marcel Kieslich

Fraktion DIE LINKE:

CDU-Debatte zu DDR-Symbolik ist dumm, geschichtsfälschend und politisches Ablenkmanöver

Zu Überlegungen in der CDU, das Tragen von DDR-Symbolen analog zu rechtsradikalen Symbolen verbieten zu lassen, bemerkt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert: „Was hier in der CDU abläuft, klingt wie aus dem politischen Tollhaus, allerdings – wieder einmal versucht sich die CDU in bewusster Geschichtsfälschung, wiedereinmal wird die Gleichsetzung von DDR und NS-Regime strapaziert. Das ist nicht neu, aber es eröffnet angesichts der Brutalität von Nazi-Terror in Deutschland eine neue Dimension.

Und erneut übt sich die CDU in der Verdrängung eigener politischer Verantwortung, die aus dem Handeln der Ost-CDU für Entwicklungen in der DDR zweifelsfrei vorhanden ist.

Schließlich bedeutet das neuerliche Ansinnen der CDU nicht weniger als den Ausdruck kollektiven Misstrauens gegenüber allen, die einst in der DDR gelebt haben. Dass dies im Übrigen dann auch die Ost-CDU einschließt, scheint der heutigen CDU vollends zu entgehen.

Die Absicht der CDU scheint klar: Massive krisenhafte Entwicklungen wie die Finanz- oder die Schuldenkrise bedeuten nicht weniger als eine Krise des Kapitalismus der Gegenwart. Das sieht wahrlich nicht nur DIE LINKE so. Aber offenkundig ist die Nervosität inzwischen so hoch, dass Diskussionen über gesellschaftliche Alternativen mit allen Mitteln unterdrückt werden sollen. Es erübrigt sich, die Ablehnung der LINKEN zu den CDU-Plänen in Sachen Symbolik besonders zu betonen – das ist dumm, das ist geschichtsfälschend, das ist ein billiges politisches Ablenkmanöver.“

Liebe Genossinnen und Genossen, mittlerweile traditionell ist der Landesvorstand in den nächsten Wochen auf Kreistour, um vor Ort mit den Stadt- und Kreisvorständen sowie VertreterInnen der Basisorganisationen ins Gespräch über die nächsten Aufgaben zu kommen.

Darum möchten wir euch hiermit herzlich einladen zur:

**Beratung des Landesvorstandes mit dem
Stadtvorstand und den VertreterInnen der
Basisorganisationen des Stadtverbandes Halle
am 7. Dezember 2011,
17.00 Uhr,
in 06110 Halle (Saale),
Künstlerhaus 188, Böllberger Weg 188.**

Wir möchten dabei drei Schwerpunkte beraten, die in den kommenden Monaten für den Landesverband von Bedeutung sind. Das betrifft in Anbetracht der Entwicklung unserer personellen Ressourcen die Gestaltung eines umfassenden Mitglieder- und Personalentwicklungskonzeptes. Ebenso wollen wir uns zu einem Kommunikationskonzept verständigen, das zur weiteren Modernisierung unserer Strukturen im Landesverband nötig ist. Die Erarbeitung der Projekte hat der Landesparteitag im April 2011 bereits beschlossen. Außerdem gilt unsere Aufmerksamkeit dem mit der Programmdebatte in Zusammenhang stehenden Mitgliederentscheid. Natürlich soll auch Gelegenheit bestehen, sich über weitere aktuelle Aufgaben oder Probleme auszutauschen.

Es wäre schön, wenn wir aus jeder Basisorganisation mindestens eine/n Genossin/en begrüßen könnten. Die Arbeitsberatung steht selbstverständlich weiteren interessierten Mitgliedern offen.

Mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn Jenny Schulz Swen Knöchel
Landesvorsitzender Landesgeschäftsführerin Stadtvorsitzender

Luxemburg - Liebknecht - Gedenken

Auch 2011 wird wieder ein Bus gemeinsam mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis organisiert, um an dem ehrenden Gedenken am 15.01.2012 in Berlin teilzunehmen.

Die Fahrkarten zum Preis von 10,00 Euro sind ab dem 2.12.2011 in der Geschäftsstelle zu den Öffnungszeiten oder über Marianne Böttcher erhältlich.

Kartenvorbestellungen sind ab sofort über:

linkesblatt@dielinke-halle.de

oder telefonisch unter 0177 5737799 möglich.

Genaue Abfahrtszeiten entnehmt Ihr bitte dem nächsten Linken Blatt oder in Kürze unserer Website: www.dielinke-halle.de

Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

In den letzten zwanzig Jahren verfolgten alle Bundesregierungen das Ziel, die Sozialausgaben der Arbeitgeber zu reduzieren und sie den Arbeitnehmern bzw. den Patientinnen und Patienten aufzulasten. In der Krankenversicherung wurden Sonderbeiträge, Praxisgebühr und andere Zuzahlungen zu Lasten der Versicherten eingeführt, während gleichzeitig Teile der medizinischen Versorgung aus dem Leistungskatalog der Kassen gestrichen wurden. Die Pflegeversicherung ist seit Jahren unterfinanziert und deckt den Bedarf nicht.

Ein regelrechter Systembruch in der Krankenversicherung sind die neu eingeführten pauschalen Zusatzbeiträge. Sie bürdeten alle künftigen Kostensteigerungen allein den Versicherten auf, unabhängig von deren Einkommen. Das ist die Kopfpauschale durch die Hintertür. Ähnliches soll jetzt mit dem Kapitalstock in der Pflege passieren.

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung wurden auf immer weniger Schultern verteilt. Kein Wunder also, dass die Kosten für die Einzelne bzw. den Einzelnen immer höher wurden. Doch diese Umverteilung zu Lasten der Armen und Kranken ist nicht alternativlos.

Wir wollen das Rad der Entsolidarisierung zurückdrehen. Eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung ist möglich, wenn sich Alle nach ihren Möglichkeiten daran beteiligen.

Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung will die Fraktion DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit sorgen und die Kran-

kenversicherung fit für die Zukunft machen:

* Eine für Alle: Jeder Mensch wird Mitglied der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

* Alle Einkommensarten einbeziehen: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen in die Bürgerversicherung ein.

* Beitragsbemessungsgrenze abschaffen: Der Beitrag richtet sich damit nach der finanziellen Leistungsfähigkeit: Wer wenig hat, zahlt also wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr.

* Parität wieder herstellen: Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

* Private Krankenversicherung als Vollversicherung abschaffen: Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt. Das in Europa einzigartige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird damit beendet.

* Patientinnen und Patienten entlasten: Praxisgebühr und andere Zuzahlungen, Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft.

Auch für die Pflegeversicherung ist die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung geeignet, das System in Zukunft stabil zu finanzieren.

Die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung hat viele positive Effekte. So könnte der Beitragssatz von derzeit 15,5 Prozent auf 10,5 Prozent des Einkommens sinken. Die Beiträge blieben auf Jahre hinaus stabil bei etwas über



Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

10 Prozent. Auf Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen Anteil von 5,25 Prozent statt derzeit 8,2 Prozent zahlen.

In der Pflegeversicherung könnte der Beitragssatz sogar trotz Leistungsverbesserungen dauerhaft unter zwei Prozent gehalten werden. Außerdem wird der finanzielle Spielraum für eine teilhaborientierte Pflegereform geschaffen.

Die Mehrzahl der Menschen hat mit der Bürgerinnen- und Bürgerversicherung mehr Geld in der Tasche, besonders Beziehende von kleinen und mittleren Einkommen profitieren. Die gestiegene Kaufkraft gibt insbesondere der Binnenwirtschaft positive Impulse. Besonders in personalintensiven Branchen, etwa bei Dienstleistungen, können bis zu 950.000 Arbeitsplätze durch den Kaufkraftschub aufgebaut werden. Dauerhaft kommen über 500.000 Menschen zusätzlich in Beschäftigung.

Die Fraktion DIE LINKE bietet mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung eine soziale und gerechte Alternative. Eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle und eine Pflege, die sich am Bedarf orientiert, ist möglich und finanzierbar.